

Hauptanstrengungen des imperialistischen Militärbündnisses sind weiterhin auf die Vorbereitung eines allgemeinen Kernwaffenkrieges gerichtet, und gleichzeitig wird dem konventionellen Krieg, insbesondere in Europa, verstärkte Aufmerksamkeit gewidmet.

Dazu befindet sich ein umfangreiches Hochrüstungsprogramm, berechnet bis Ende der 90er Jahre, in der Realisierung. Mit ihm sollen die strategischen Angriffskräfte um das Dreifache, die Landstreitkräfte um das Zweifache, die Luftstreitkräfte um das Zweifache sowie die Seestreitkräfte um das Dreifache anwachsen. Und auch die von den Kräften des Militär-Industrie-Komplexes in den USA durchgesetzte Produktionsaufnahme neuer chemischer Massenvernichtungsmittel, der sogenannten Binär-Waffen gehört dazu. Dieser Schritt unmittelbar nach Abschluß der ersten zu nuklearer Abrüstung führenden Vereinbarung zeugt davon, daß jene Kräfte, denen die ganze Richtung nicht paßt, noch lange nicht aufgegeben haben.

Zu den taktischen Manövern dieser Kreise gehört gegenwärtig, den laufenden Ratifizierungsprozeß des Mittelstrecken-Raketen-Abkommens zu stören. Doch die Hauptaktionen ihres aggressiven Wirkens sind darauf gerichtet, weiterführende Abrüstungsmaßnahmen zu blockieren. Besonders in den USA haben diese extrem konservativen Kräfte ihre Aktivitäten in den letzten Wochen erheblich verstärkt.

So hat zum Beispiel eine vom Pentagon eingesetzte „Kommission für integrierte Langzeitstrategie“ zu Beginn des Jahres 1988 in Washington einen Bericht vorgelegt, der einen ganzen Katalog von Forderungen enthält, die in ihrer Gesamtheit auf die Durchsetzung des alten Konzeptes der Führbarkeit und Gewinnbarkeit eines Krieges unter den neuen Bedingungen abzielen. Verlangt werden unter anderem die Ein-

führung neuer Waffentechnologien und Streitkräftestrukturen, ein Mix von offensiven und defensiven Waffensystemen, die Beibehaltung und der Ausbau der Erstschlagsfähigkeit der NATO bis weit in die Tiefe des feindlichen Territoriums sowie die entschiedene Ablehnung weiterer Null-Lösungen.

In den USA haben sich in den letzten Wochen ultrarechte Gruppierungen gebildet, um den in Gang gesetzten Ratifizierungsprozeß für das Mittelstreckenraketen-Abkommen negativ zu beeinflussen, ihn zu verzögern, neue Hindernisse zu errichten. Einige dieser Kräfte spekulieren darauf, die Ratifizierung über-

Abmachungen von Washington schon vergessen?

Wie aus einem von der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS verbreiteten Kommentar („Neues Deutschland“ vom 29. Januar 1988) zu entnehmen ist, geht die USA-Delegation bei den Genfer Verhandlungen von der in der Gemeinsamen Erklärung bekräftigten Verpflichtung ab, den ABM-Vertrag in der Fassung einzuhalten, die im Jahre 1972 unterzeichnet wurde. Die US-amerikanische Seite rückt ebenso von der im Washingtoner Dokument fixierten Einigung ab, daß zwischen der Vorbereitung eines Vertrages über strategische Offensivwaffen und dem Nichtausstieg aus dem ABM-Vertrag zu einem abgestimmten Termin eine organische Verbindung besteht.

Die amerikanische Delegation weigert sich auch, die Festlegungen der Gemeinsamen Erklärung auf höchster Ebene über die Suche nach beiderseits akzeptablen Lösungen in der Frage der Begrenzung der Stationierung von seegestützten Marschflugkörpern großer Reichweite zu erfüllen. In dem TASS-Kommentar heißt es unter anderem: „Schon nach dem Gipfeltreffen gaben ranghohe Vertreter der USA-Administration, darunter auch der

haupt verhindern zu können. Von diesen Kräften wurden bisher etwa 300 000 Briefe mit Angriffen gegen den INF-Vertrag versandt. Etwa 5000 Ton-Kassetten mit „Argumenten“ des ehemaligen NATO-Oberbefehlshabers, US-General Rogers, der entschieden gegen den in Washington Unterzeichneten Vertrag auftritt, wurden in Umlauf gebracht.

Offensichtlich stecken diese Kräfte auch hinter den Bestrebungen, eine Reihe von wichtigen Richtlinien zu revidieren, die auf dem Washingtoner Gipfeltreffen abgestimmt und in der Gemeinsamen Erklärung der UdSSR und den USA festgeschrieben wurden.

Leiter der USA-Delegation in Genf, Max Kampelmann, Erklärungen ab, sie seien überhaupt nicht sonderlich an einem Abkommen über die strategischen Offensivwaffen interessiert, besonders wenn die Reduzierung auf der Grundlage der Bestimmungen erfolge, die in Washington abgestimmt worden seien. Das mahnt zur Vorsicht.“

Angesichts der friedens- und abrüstungsfeindlichen Machenschaften bestimmter Kreise in den USA und der NATO ist es ein dringendes Gebot, daß die Friedenskräfte in eilen Ländern auch weiterhin ihrem Einfluß entschlossen Geltung verschaffen. Darauf orientiert die 5. Tagung des ZK der SED. Im Bericht des Politbüros heißt es: „Auch künftig wird es bei der Abrüstung keinen Automatismus geben. Es bedarf noch vieler großer Anstrengungen, um das Vereinbarte zu realisieren und weitere Abkommen zu erreichen, die uns unserem angestrebten Ziel, der Schaffung eines umfassenden Systems der internationalen Sicherheit, näherbringen.“

Siegfried Ullrich

Abteilungsleiter
im Institut für Internationale Politik
und Wirtschaft der DDR